

Gaël Faye tritt am Festival Les Georges auf

FREIBURG Das Festival Les Georges hat den ersten Künstler angekündigt, der an der diesjährigen Ausgabe auftreten wird: Es ist der franko-ruandische Hip-Hopper Gaël Faye, der am 14. Juli auf dem Georges-Python-Platz in Freiburg zu hören sein wird. Der 36-Jährige wird seinen Hip-Hop mit Soul- und Jazzelementen zum Besten geben. Seine Musik ist geprägt von seinem Lebensweg, der den Sohn eines französischen Vaters und einer ruandischen Mutter von seiner Geburtsstadt Bujumbura in Burundi nach Frankreich und vorübergehend nach London führte. Sein Talent fürs Schreiben zeigt er nicht nur in seinen Song-Texten, sondern auch als Schriftsteller: 2016 erschien sein erster Roman «Petit pays».

Die fünfte Ausgabe von Les Georges findet vom 9. bis zum 14. Juli statt. Von den sechs Festivalabenden seien wiederum drei gratis zugänglich, teilt Direktor Xavier Meyer mit. Tickets für den Samstag mit Gaël Faye sowie Festivalabos sind ab sofort erhältlich.

Infos: www.lesgeorges.ch



Gaël Faye. Bild zvg

Express

EDU SenSee lehnt die No-Billag-Initiative ab

HEITENRIED Die EDU des Sense- und Seebezirks hat sich grossmehrheitlich gegen die Initiative «No Billag» ausgesprochen. In einer Mitteilung schreibt die Partei, die Initiative sei bei den Mitgliedern umstritten. Einerseits kritisiert die EDU die SRG, denn sie berichte einseitig über Israel und die christlichen Werte. Enorm sei auch der Lohnunterschied gegenüber den kleinen Sendern. Andererseits attestiert sie der SRG gute Sendungen und ein vielseitiges Angebot für die verschiedenen Regionen der Schweiz. Einstimmig Ja sagt die Partei zu neuen Finanzordnung 2021. *ile*

Hundertjährige aus Villars-sur-Glâne

VILLARS-SUR-GLÂNE Germaine Grandjean aus Villars-sur-Glâne kann zu ihrem heutigen 100. Geburtstag das traditionelle Geschenk der Freiburger Regierung entgegennehmen. Es wird ihr von Staatsrätin Marie Garnier (Grüne) in Begleitung eines Staatsweibels überreicht. Die Übergabefeier findet im Home Le Châtelet Attalens statt. *uh*

Korrekt

Ein paar Kubikmeter mehr Kunstschnee

SCHWARZSEE Die Kaiserreggbahnen Schwarzsee AG haben in diese Saison die Pisten beschneit. Die Menge war im Artikel vom Donnerstag falsch angegeben: Das Bahnunternehmen hat zwischen 80'000 und 100'000 Kubikmeter Kunstschnee hergestellt. *im*

Abfuhr für separates Wohnungsgesetz

Mit 65 zu 36 Stimmen sagte das Kantonsparlament gestern Nein zu einer sozialdemokratischen Motion, welche ein Wohnungsgesetz nach dem Vorbild der Kantone Genf und Waadt gefordert hatte.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Der Grosse Rat will kein separates kantonales Wohnungsgesetz. Mit 65 Nein-gegen 36 Ja-Stimmen schickte er gestern eine entsprechende Motion von Grossrat Pierre Mauron (SP, Riaz) und Alt-Grossrätin Andrea Burgener Woeffray (SP, Freiburg) bachab. Der Staatsrat hatte sich im Vorfeld gegen die Überwei-

«Dem Immobiliensektor geht es gut, die Leerstände steigen, der Markt wurde entlastet.»

Romain Collaud
Grossrat (FDP, Cottens)

sung der Motion ausgesprochen, die den Staat dazu anhalten wollte, die Wohnhilfe, den Wohnbau und den Zugang zu Wohneigentum aktiv zu fördern – analog zu entsprechenden Gesetzen in den Kantonen Genf und Waadt.

«Gelegenheit verpasst»

Schon bei der Eintretensdebatte zeigte sich, dass die Fronten bei diesem Geschäft zwischen dem bürgerlichen und dem links-grünen Lager verliefen. «Der Staatsrat verpasste in seiner Antwort eine Gelegenheit», sagte Laurent Thévoz (Grüne, Freiburg) seitens der Mitte-links-Grün-Fraktion. «Der Wohnungsmarkt ist sehr unflexibel, und wenn wir jetzt schon sehen, dass Probleme auf uns zukommen, könnten wir sofort reagieren, statt auf Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen zu setzen.»

Elias Moussa (SP, Freiburg) ergänzte, dass die Förderung von Wohnhilfe eindeutig eine



Der Kanton Freiburg bekommt kein Wohnungsgesetz. Der Kanton beschränkt sich weiter darauf, die Lage zu beobachten.

Bild Aldo Ellena/a

Aufgabe des Staates sei. «Offensichtlich hat unsere Regierung diesbezüglich keinerlei Visionen», so Moussa. Statt ein neues Gesetz zu schaffen, ziehe es der Staatsrat vor, die Lage lediglich zu beobachten. Mit der Überweisung der vorliegenden Motion aber würde der «Grundstein für eine richtige und aktive Wohnpolitik» gelegt werden.

«Nicht nötig»

Die Ratsmehrheit folgte schliesslich den Argumenten der bürgerlichen Fraktionen. «Dem Immobiliensektor im Kanton Freiburg geht es gut», sagte Romain Collaud (FDP,

Cottens). «Die Leerstände steigen, der Markt wurde entlastet, und es gibt auch weniger zuziehende Familien aus dem Ausland.» Die Schaffung eines solchen Gesetzes hätte grosse Auswirkungen auf den Kanton, auch wegen den Schwankungen auf dem Immobilienmarkt. Ein Wohnungsgesetz würde höhere Auslagen für die Gemeinden und den Kanton bedeuten und sei schlicht «nicht nötig».

Ähnlich äusserte sich Bertrand Morel (CVP, Lentigny). «Der Markt hat sich so weit entwickelt, dass ein solches Gesetz nicht sinnvoll für den Kanton Freiburg wäre», sagte er. «Der Verwaltungsaufwand und die

Ausgaben würden dadurch nur weiter steigen.»

Paul Herren-Schick (SVP, Kerzers) wurde noch deutlicher: «Mit der Hilfe, die der Kanton bereits für den gemeinnützigen Wohnungsbau leistet, ist der entsprechende Verfassungsauftrag eindeutig erfüllt.» Ausserdem würden den Bedürftigen auch die Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen zur Verfügung stehen. «Hier wird ein neues Gesetz gefordert, das unnötig ist», sagte er.

«Ein Paradigmenwechsel»

Staatsrat Olivier Curty (CVP) blies mit seinen Äusserungen

ins gleiche Horn. «Der Staatsrat hat sich eingehend mit der Problematik befasst und festgestellt, dass in den letzten 15 Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat», sagte er. Schweizweit sei man «von der Subjekthilfe zur Objekthilfe» übergegangen, was den preisgünstigen Wohnungsbau betreffe.

«Zu wenig genutzt»

Leider würde die Möglichkeit des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Freiburg immer noch zu wenig genutzt. Anlass für ein neues Wohnungsgesetz sehe er aber in keiner Weise.

Überbetriebliche Kurse erhalten wieder mehr Geld

Erstmals wurde ein Stück des Struktur- und Sparmassnahmenpakets von 2013 vom Grossen Rat rückgängig gemacht.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Mit der Rückkehr zum ursprünglichen Finanzierungskonzept der überbetrieblichen Kurse in der Berufsbildung hob der Grosse Rat gestern erstmals ein Teilstück des Struktur- und Sparmassnahmenpakets aus dem Jahr 2013 (die FN berichteten) auf – und zwar mit 59 Ja-gegen 36 Nein-Stimmen. Diese verliefen quer über die Fraktionsgrenzen hinweg. Drei Parlamentarier enthielten sich der Stimme. Damit wurde die qualifizierte Mehrheit von 56 Stimmen, welche für die Überweisung des Geschäfts nötig war, nur um drei Stimmen übertroffen.

Das Anliegen ging auf einen parlamentarischen Auftrag von Daniel Bürdel (CVP, Plaffeien) und neun Mitunterzeichnern zurück und löste eine ordnungspolitische Debatte über das Struktur- und Sparpaket aus. Bürdel selbst wies in der Debatte darauf hin, wie oft

Lehrmeister selbst ihre Freizeit opferten, um ihren Lehrlingen eine angemessene Berufsbildung zu bieten – und wie sich immer mehr Betriebe aufgrund des steigenden administrativen Drucks dazu entschliessen würden, gar keine Lehrlinge mehr auszubilden. Alt-Ratspräsident Bruno Boschung (CVP, Wünnewil) konterte – gegen die Meinung seiner Fraktionsmehrheit –, dass es nicht angehe, einzelne Brocken aus dem Struktur- und Sparmassnahmenpaket herauszulösen. Damit würde man entsprechenden weiteren Begehlichkeiten Tür und Tor öffnen. Stattdessen kündigte er an, gemeinsam mit Nadia Savary-Moser (FDP, Vesin) demnächst ein Postulat einzureichen, um sich beim Staatsrat nach dem allgemeinen Stand der Dinge bei der Umsetzung dieses Massnahmenpakets zu erkundigen.

Die knappe Ratsmehrheit teilte aber schliesslich die Meinung von Bürdel und Jean-Daniel Wicht (FDP, Villars-sur-Glâne), der darauf hinwies, dass die Studierenden im Kanton schliesslich auch vom Staat finanzielle Unterstützung erhalten würden.

Die Kantonsstrasse «En Bataille» wird saniert

Der Grosse Rat hat gestern insgesamt 5,795 Millionen Franken für die Sanierung der Kantonsstrasse in Broc bewilligt.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Mit 101 zu null Stimmen sagte das Kantonsparlament gestern Ja zu einem Verpflichtungskredit von 5,65 Franken für den Ausbau der Kantonsstrasse «En Bataille» in Broc. Und auch ein Änderungsantrag von Christian Ducotterd (CVP, Grolley), der zusätzliche 145'000 Franken für eine Studie zur parallelen Verlängerung des Velowegs nach Châtel-sur-Montsalvens forderte, wurde mit 98 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung grossmehrheitlich gutgeheissen. «Diese Zusatzaufgabe verzögert den Beginn der Bauarbeiten nicht», versicherte Staatsrat Jean-François Steiert (SP).

Das Geschäft war unbestritten. Sämtliche Fraktionen hatten sich für ein Eintreten ausgesprochen, zumal es auch um echte dringliche Sicherheitsbedenken ging: Auf dieser Strasse ist es bereits zu Felsstürzen ge-

kommen. Allerdings erkundigte sich Jean-Daniel Wicht (FDP, Villars-sur-Glâne) danach, wie so zwischen der günstigsten und der kostspieligsten Offerte eine Differenz von 40 Prozent bestehe. Dies liegt laut Steiert daran, dass die verschiedenen Unternehmen von verschiedenen Sicherheitsparametern ausgehen würden.

Arbeiten beginnen im März

Nach dem Ja des Grossen Rates sollen die Bauarbeiten bereits Anfang März beginnen. Zuerst werden Abbauarbeiten und die Hangsicherung anstehen, gefolgt vom Bau der talseitigen Mauer. Die weiteren Strassenarbeiten werden 2019 folgen und dürften im Juli des kommenden Jahres abgeschlossen sein.

Die Strassenachse wird über die gesamte Dauer der Bauarbeiten für den Verkehr offen bleiben, wobei sie zeitweise nur wechselseitig befahrbar sein wird. Der Verkehr wird dabei durch eine Ampel mit einer rund dreiminütigen Wartezeit gelenkt werden. Die öffentlichen Busse werden die Wartezeit mit einer entsprechenden Einrichtung verkürzen können.

Express

Demission in der Gemeinde St. Silvester

ST. SILVESTER Die Gemeinde St. Silvester muss einen neuen Gemeinderat suchen. Wie sie in einer Mitteilung schreibt, hat Guido Andrey seine Demission per 30. Juni eingereicht. Er wurde anlässlich der Gesamtneuwahlen im Frühjahr 2016 ins Amt gewählt. Als Grund für seinen Rücktritt hat Guido Andrey zeitliche Überbelastung angegeben. Für den vakanten Sitz gibt es eine Ersatzwahl. Diese ist für den kommenden 10. Juni vorgesehen. *im*

Matran erhöht sein Baupotenzial

MATRAN Die Saane-Land-Gemeinde Matran hat ihren Ortsplan überarbeitet und im aktuellen Amtsblatt publiziert. Wie Syndic Sébastien Dorthe (FDP) auf Anfrage erklärte, wurde der Ortsplan an das eidgenössische Raumplanungsgesetz angepasst, das zu verdichtetem Bauen verpflichtet. «Wir haben darum die Ausnutzungsziffer auf dem Gemeindegebiet erhöht.» Der Ortsplan stammt aus dem Jahr 1998 und wurde 2014 teilrevidiert. *rsa*